

Handelsblatt

GROSSBRITANNIEN

Die erschöpfte Koalition

Wird Großbritannien von „zwei hochnäsigem Boys“ regiert, wie eine konservative Hinterbänkerin ihre Parteifreunde, Premier David Cameron und Schatzkanzler George Osborne, abkanzelte? Oder ist das Land einer Koalition ausgeliefert, die „Flickschusterei“ betreibt, wie der Verwaltungsausschuss des Unterhauses urteilte?

Es steht nicht gut um die Regierung Cameron. Der Ausschuss rügte mangelnde Visionskraft, unrealistische Ziele, und nicht einmal die Haushaltssanierung werde erreicht. Das Defizit für März fiel höher aus als erhofft. Osborne schaffte zwar knapp das Sparsoll für das Haushaltsjahr, aber es blieb keine Reserve für Gegenkosten im Wahljahr 2015. Sofern die Koalition so lange hält.

Zwei Jahre galt Cameron als Naturtalent. Nun machen ihn Schnitzer und schlechte Kommunikation immer unbeliebter. Osbornes Haushalt hat den Sparkonsens untergraben, auf den sich die Regierung vorher verlassen konnte. Die Quittung dürfte am 3. Mai bei den Regionalwahlen in England kommen – vielleicht sogar bei der wichtigen Londoner Bürgermeisterwahl. Die Tories, die Konservativen, haben in Umfragen sechs Prozentpunkte verloren, der liberaldemokratische Koalitionspartner würde bei einer Unterhauswahl ausgelöscht. Labour steht so gut da wie seit neun Jahren nicht.

Viele in Europa sahen es als bahnbrechend, wie kühn Cameron vor zwei Jahren eine Koalition mit den Liberalen einging. Man sah die Briten, deren Regierungen eher zu viel als zu wenig Entscheidungsmacht hatten, auf dem Weg in eine behutsamere, fast deutsche Konsenspolitik. Mit ihrem seit Margaret Thatcher ruinierten Ruf hätten die Tories die Sparpolitik ohne Koalitionspartner vielleicht ohnehin nicht geschafft.

Aber nun treten die inneren Widersprüche der Koalition hervor. Der Sparzwang reicht nicht mehr als Disziplinierungsinstrument. Man sah es Osbornes Haushalt an, dass er das Ergebnis einer Koalitionsverhandlung statt des weitsichtigen Regierungsakts eines selbstbewussten Schatzkanzlers war. Cameron und Vize Nick Clegg bringen nicht einmal genug Dynamik auf die Beine, um die widerstreitenden Flügel ihrer Parteien zusammenzuhalten.

Immer weniger klar ist, wohin die Regierung will. Wo steht Cameron nach seinem Veto in der Europapolitik? Was will die Regierung den Topbankern und anderen Spitzenverdienern zumutet? Wie weit müssen die Reformen im Sozialsystem gehen? Auch bei der Sparpolitik wächst die Furcht, dass statt einer systematischen Abkehr von Labours Ausweitung der Staatsleistungen nur überall abgeknüpft wird.

Wenn Cameron kein Wunder der Erneuerung schafft, ist die Koalition bald verbraucht. Aber wer könnte sie ablösen? Den in Großbritannien üblichen Befreiungsschlag einer Neuwahl haben sich die Koalitionäre verbaut. Eine regierungsfähige Opposition steht nicht bereit. Also weiterwursteln wie im Rest Europas.

Matthias Thibaut



Der Autor ist Korrespondent in London.
Sie erreichen ihn unter:
thibaut@handelsblatt.com

Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten:
Torsten Riecke, Berlin. Sie erreichen die
Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vhb.de
Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf



EUROPA

Solidarität in beide Richtungen

Aart de Geus



Nur wenn die Schuldendländer wieder wettbewerbsfähig werden, hält die Währungsunion. Dafür müssen die starken Länder den schwachen Volkswirtschaften helfen.

lenländer werden daher auch ökonomisch erheblich schneller wachsen als die entwickelten Volkswirtschaften. In den nächsten fünf Jahren wird beispielsweise für Indien und China ein reales Wirtschaftswachstum von acht bis neun Prozent pro Jahr erwartet. Für die Euro-Zone ist hingegen nur mit 1,5 bis 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum zu rechnen. Zudem ist die Staatsverschuldung in den meisten Schwellenländern wesentlich geringer, was größere politische Handlungsspielräume zur Folge hat, z. B. in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung. In diesem Umfeld ist jede einzelne europäische Volkswirtschaft auf ein wirtschaftlich starkes Europa angewiesen.

Von einem starken Europa ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit jedes Mitgliedstaates notwendig, weil es in einer Währungsunion für die einzelnen Länder nicht mehr die Möglichkeit gibt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine eigene Geldpolitik zu verbessern. Um sich in einer Währungsunion wettbewerbsfähig zu machen, bleiben den schwachen Volkswirtschaften deshalb nur zwei Möglichkeiten: Produktivitätssteigerungen oder Lohnsenkungen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass beides machbar ist. So ist die Arbeitsproduktivität zwischen 1995 und 2010 in den Niederlanden jedes Jahr um einen Prozent gestiegen und in Portugal und Griechenland sogar um 1,5 Prozent. Und dass Lohnzurückhaltungen möglich sind, zeigt Deutschland: Die neuen Löhne und Gehälter sind zwischen 2000 und 2009 um 4,5 Prozent zurückgegangen. Produktivität

und Lohnsenkungen sind notwendige und wichtige Instrumente, aber sie werden nicht ausreichen. Selbst wenn die schwachen Volkswirtschaften ihre Produktivität steigern, werden sie nicht das Niveau der hochentwickelten Volkswirtschaften erreichen. Denn auch diese müssen permanent ihre Produktivität steigern, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dass die Löhne korrigiert werden müssen, wenn sie zu stark gestiegen sind, ist klar. In Spanien stiegen die realen Löhne zwischen 2000 und 2009 um 7,5 Prozent. Aber ein „race to the bottom“ bei den Arbeitskosten führt zu sozialen Spannungen und schwächt die wirtschaftliche Nachfrage.

In der Euro-Zone wird es also auch zu künftig Unterschiede zwischen Ländern und innerhalb der Länder geben. In einer Währungsunion ist das auch normal. In Hamburg beträgt die Bruttonwertschöpfung pro Erwerbstätigen 70 000 Euro; in Thüringen und Sachsen liegt sie unter 44 000 Euro. Auch in den USA gibt es erhebliche Unterschiede bei Produktivität, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit. Deutschland und die USA halten diese ökonomischen Unterschiede aber aus, weil die wirtschaftlich starken Regionen Transferleistungen an die schwachen leisten. So ist es möglich, in den weniger leistungsfähigen Teilen des Landes in Bildung und Infrastruktur zu investieren.

Noch gibt es in der Euro-Zone keine weitgehenden Transfers. Zur ihrem Erhalt sind diese jedoch zwingend erforderlich. Hinzu kommt, dass die fiskalischen Schieflagen in Europa sowie Geld kosten. Falls

WORTE DES TAGES



„Auf der Bankenseite hängen ein paar sehr dunkle Wolken. Das gilt besonders für das spanische Bankensystem.“

ANDERS BORG,
schwedischer Finanzminister

„Die Staatsschuld wächst schneller, als wir uns das erlauben können.“

MARK RUTTE,
amtierender niederländischer Ministerpräsident

„Ich muss unsere Präsenz in Europa festigen, weil die Marke italienisch ist, aber zugleich muss ich nach Korea gehen, nach Russland, Indien und in die Türkei.“

ALESSANDRO BENETTON,
neuer Chef der italienischen Modemarke Benetton

„Ein Jahr nach Fukushima geht es uns nicht unbedingt besser.“

HERMANN ALBERS,
Präsident des Bundesverbands Windenergie

einzelne Euro-Staaten bankrottgehen, gehen die fällig werdenden Bürgschaften, die Verluste der Europäischen Zentralbank und die Kosten für Rettungsschirme für Banken zulasten der Steuerzahler in den wirtschaftlich starken Ländern. Wenn die Euro-Krise also in jedem Fall Geld kostet, ist es sinnvoller, dieses Geld präventiv zu nutzen, um in die wirtschaftlich schwachen Länder zu investieren und einen Absurz der Staatsfinanzen und der realen Wirtschaft zu verhindern.

Von Europa unterstützte Projekte in den ökonomisch schwachen Euro-Ländern sind also auch für die wirtschaftlich starken Euro-Länder eine lohnende Investition. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße.

Auch die ökonomisch schwächeren Volkswirtschaften der Euro-Zone müssen ihren Beitrag leisten, z. B. durch eine zurückhaltende Lohnpolitik und eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters. Zudem dürfen die Transfers nicht den Druck von den Regierungen nehmen, dass Volkswirtschaften mit einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit ihre Produktivität steigern. Nur so lässt sich der wirtschaftliche Zusammenhalt stärken, ohne den es auch keinen sozialen Zusammenhalt geben kann. Und nur über die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit lassen sich höhere Staatsentnahmen, sinkende Ausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erreichen.

Internationale Studien haben ergeben, dass die Leistungen der Schüler, insbesondere der Lernschwächeren, deutlich steigen, wenn die Lehrer hierfür einen finanziellen Anreiz erhalten. Und ein Vergleich, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln durchge-

führt hat, ergab: Umfassende Leistungszulagen für Lehrer gibt es unter anderem in Finnland und den Niederlanden. Diese Länder haben im letzten Pisa-Test deutlich besser abgeschnitten als Deutschland.

Natürlich sollten die Lehrer in Deutschland weiterhin ein angemessenes Grundgehalt bekommen. Dies sollte jedoch um ein System aus Zusatzzahlungen ergänzt werden, die von den Leistungen der Lehrer abhängen. Wie diese Leistungen gemessen werden können, ist eine methodisch wie politisch umstrittene Aufgabe. Wichtig ist jedenfalls, mehrere Leistungsmerkmale in die Bewertung mit einzubauen. Zunächst sollte die automatische Gehaltssteigerung mit zunehmendem Dienstalter abgeschafft werden. Stattdessen sollte es eine Prämie für entscheidende, erfolgreich absolvierte Weiterbildungen geben. Darüber hi-

BETREUUNGSGELD

Die Angst vor dem Weltbild der Konkurrenz

Rüdiger Scheidges



Die Koalition ringt um ihr familienpolitisches Leitbild. Dabei prallen in der Union Moderne und Tradition aufeinander.

wähler machen will, zentriert ihr Leben nicht um das Leitbild häuslicher Fürsorge, sondern um Job, Tagesstätten und Gleichberechtigung im Arbeitsleben. Das Betreuungsgeld passt weder zu ihrer familialen Realität noch zu ihrer politischen Überzeugung.

Jenseits der Kampfbegriffe, die kaum die Angst vor den konkurrierenden Familienbildern kaschieren, und jenseits der Antagonisten – Land gegen Metropole, hausbacken gegen modern, Hausfrau gegen Verdienende, chauvinistisch gegen gleichberechtigt – schlägt in Deutschland eine Wirklichkeit, die viele Facetten und Wahlmöglichkeiten hat. Deshalb ist es bedauerlich, dass der jetzige Streit Frauen, die aus vielen Gründen in ihren vier Wänden großziehen, als bieder und gestrig abstempelt. Wer diese Wahl nicht aus Not oder in einer Zwangslage trifft, trifft sie legitim. Als individuelle Entscheidung ist sie pri-

vat und entzieht sich politischer Einordnung. Gleichwohl überwiegen Erfahrungen in Skandinavien oder Thüringen, die den Skeptikern des Betreuungsgelds recht geben und darin eine Behinderung sehen, Kinder aus bildungsfernen Milieus in Tagesstätten zu fördern: Bis zu 90 Prozent der Empfänger sind Frauen; oft oder meist mit Migrationshintergrund und unterdurchschnittlicher oder schlechter Bildung – oft mit vielen Kindern, die über das Entgelt für die Betreuung in der Familie aus der Kindertagesbetreuung und frökhindlichen Einrichtungen ferngehalten werden. Die Wirklichkeit lehrt: Bei sozial Beachtigten erhöht sich die Chance, ein Gymnasium zu besuchen um zwei Drittel, sie in die Krippe waren.

Zum heute leitenden Familienbild der betriebsstätigen Eltern ist das Betreuungsgeld keine Alternative. Mit Wahlmöglichkeit hat es weniger zu tun als mit dem Bedienen festgefügter Vorstellungsbild einer CSU-Klientel. Dahinter steht ein Weltbild, das den Staat nicht als ordnungsstiftende Leitfigur für Gesellschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern als Muttertier der Nation will, das neben der Finanzierung von Krippen auch die Betreuung zu Hause fördern soll. Das zwingt die Frage auf, ob sich eine Koalition in Zeiten finanzieller Not straflos als tollkühn erweisen darf, wenn sie Milliarden Steuergelder für nicht zu verantwortenden Klientelismus verschleudert.

Der Verfasser ist Autor im Meinungsressort.
Sie erreichen ihn unter:
scheidges@handelsblatt.com

SCHULEN

Gute Lehrer gut bezahlen

Sebastian Gallander



naus sollten die Lehrer extra honoriert werden, wenn sie sich über den Unterricht hinaus, beispielsweise durch die Leitung von AGs, für die Schüler engagieren.

Ein weiteres Kriterium ist der Grad der Verbesserung der Lernergebnisse der Schüler. Ermittelt wird er durch regelmäßige, standardisierte Tests, die von unabhängigen Gutachtern, das heißt Fachlehrern aus anderen Schulen, anonym ausgewertet werden. Neben diesen Resultaten sollten mehrfache Unterrichtsbewertungen durch die Schulleitung sowie externe Experten in die Bewertung einfließen.

Schließlich sollte es eine Zulage für all die Lehrer geben, die an Schulen in sozialen Brennpunkten unterrichten. Nur so lässt es sich erreichen, dass die wirklich guten Lehrer an diese Schulen gehen, wo es wirklich schwierig ist. Es kann nicht sein, dass ein Lehrer an einer Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln, wo die Kriminalitätsrate hoch ist und die Deutschkenntnisse gering sind, nur genauso viel Gehalt bekommt wie an einem Gymnasium im netten Stadtteil Zehlendorf – oder sogar noch weniger.

Fast die Hälfte aller Lehrkräfte ist heute 50 Jahre und älter. In den kommenden Jahren werden Tausende von ihnen in den Ruhestand gehen. Die Politik muss also dringend etwas tun, um möglichst viele junge Menschen für diesen Beruf zu motivieren. Und zwar die besten.

Der Autor leitet das Projekt „Soziale Mobilität“ der Vodafone Stiftung und der Stiftung neue Verantwortung. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com